iv POSITIONEN
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
APRIL 2025

VOLLE KRAFT FÜR DIE INDUSTRIE

EU, Österreich und Deutschland passen den Kurs an

HIGH-TECH IN LETTLAND

Lettischer Verkehrsminister im Interview

Seite 2

STEIERMARK

Stipendien für Studierende aus Südosteuropa

Seite 11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

AKTIENBAROMETER

Bedeutung privater Vorsorge nimmt zu

Seite 5

Lettland stärkt seine Position in der globalen Hightech-Produktion

Der lettische Verkehrsminister Kaspars Briškens spricht im Interview darüber, wie sein Land das Investitionsumfeld verbessert hat und auf welche Schlüsseltechnologien die Industrie in Lettland setzt.

Der lettische Verkehrsminister Kaspars Briškens war für einen Austausch mit IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und weiteren Experten aus Österreich zu Gast im Haus der Industrie.

Können Sie uns etwas über die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der lettischen Regierung erzählen? Was sind Ihre aktuellen Pläne im Bereich Infrastruktur und Verkehr?

Kaspars Briškens: Lettland hat erhebliche Fortschritte bei der Schaffung eines vorhersehbaren und transparenten Investitionsumfelds gemacht. Im Jahr 2024 haben wir Reformen umgesetzt, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, Genehmigungsprozesse zu vereinfachen und die Genehmigungsfristen für große Investitionsprojekte zu verkürzen. Unser Baugenehmigungsverfahren gehört nun zu den effizientesten und am stärksten digitalisierten in Europa. Investoren können Anträge somit bequem über ein integriertes Online-System einreichen, wodurch administrative Hürden verringert und Projektfristen deutlich beschleunigt werden. Darüber hinaus hat Lettland seinen Rahmen zur Förderung von Investitionen weiter optimiert. Vereinfachte Beschaffungsverfahren für Rohstoffe und ein beschleunigter Zugang zu wichtigen Ressourcen bieten Großinvestoren weitere Vorteile. Gleichzeitig wurden rechtliche Vorgaben gezielt an die Anforderungen strategischer Projekte angepasst, um Lettland als attraktiven Investitionsstandort zu stärken.

Die strategische Lage Lettlands an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien bietet einen unvergleichlichen Zugang zu über 500 Millionen Verbrauchern in der EU und den angrenzenden Märkten. Der internationale Flughafen Riga, der größte im Baltikum, bietet Verbindungen zu über 100 internationalen Zielen – darunter 18 wöchentliche Flüge nach Österreich – und gewährleistet eine effiziente Logistik für Waren und Personal. Unsere nationale Fluggesellschaft airBaltic, die führende Airline im Baltikum, ist eine der am schnellsten wachsenden Fluggesellschaften in Europa. Mit einer modernen Flotte von 50 Airbus A220-300 verbindet sie die Region mit über 70 Zielen in Europa und darüber hinaus. Die Airline, mehrheitlich im Besitz des lettischen Staats, bereitet sich auf den allerersten Börsengang Lettlands vor – ein bedeutender Schritt für unsere Luftfahrtindustrie. Auch unsere Häfen in Riga, Ventspils und Liepāja spielen eine Schlüsselrolle. Sie entwickeln sich von traditionellen Logistikdrehkreuzen zu dynamischen Geschäftszentren, die Innovation und Wirtschaftswachstum ankurbeln. Insbesondere der Hafen von Liepāja wird zu einem zentralen Knotenpunkt für Wasserstoffinnovation und -entwicklung im Ostseeraum ausgebaut.

> ***„Unser Baugenehmigungsverfahren gehört zu den effizientesten in Europa."***
>
> Kaspars Briškens,
> Verkehrsminister Lettland

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist Rail Baltica, ein Greenfield-Bahninfrastrukturvorhaben, dessen Ziel die vollständige Integration der baltischen Staaten in das europäische Bahnnetz ist. Ich freue mich, dass unter den Zulieferern des Projekts eine starke Präsenz österreichischer Unternehmen zu finden ist, die mit ihrer Expertise wesentlich zum Erfolg des Vorhabens beitragen.

Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 296,2 Millionen Euro unterhalten Lettland und Österreich wertvolle Wirtschaftsbeziehungen. In welchen Bereichen sehen Sie Potenzial für eine intensivere Zusammenarbeit?

Lettland konzentriert sich aktiv auf wachstumsstarke Branchen, die im Einklang mit seiner Forschungs- und Innovationsstrategie für intelligente Spezialisierung stehen. Zu den Schlüsselsektoren gehören die wissensintensive Bioökonomie, Biomedizin, medizinische Technologien und Pharmazeutika, Photonik und intelligente Materialien, Technologie und technische Systeme, intelligente Energie sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Darüber hinaus ist Lettland führend in den Bereichen erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien und engagiert sich stark für Projekte und Unternehmen, die die globale Energiewende vorantreiben.

Die lettische Mikroelektronikindustrie expandiert ebenfalls und deckt die Bereiche Mikrochipdesign, Waferherstellung und Siliziumkristallzüchtung ab. Damit stärkt das Land seine Position als wettbewerbsfähiger Akteur in der globalen Hightech-Produktion. Weiters ergänzt die Integration von blauer Biomasse aus der Ostsee die traditionellen Bioressourcen, wobei für die blaue Bioökonomie bis 2030 ein jährliches Wachstum von sieben Prozent prognostiziert wird.

Nach meinem Besuch in Österreich und den wertvollen Gesprächen während des Arbeitsessens in der österreichischen Industriellenvereinigung bin ich davon überzeugt, dass diese Sektoren mit hoher Wertschöpfung ein erhebliches Potenzial für den Auf- und Ausbau unserer bilateralen Zusammenarbeit bieten.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist ein zentrales Anliegen der Industriellenvereinigung. Der lettische Kommissar Valdis Dombrovskis wird in diesem Zusammenhang ein wichtiges Ressort betreuen. Was muss auf europäischer Ebene getan werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern?

Wir müssen nicht nur eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch deren Nachhaltigkeit gewährleisten, indem wir sicherstellen, dass die Unternehmen produktiv und umweltfreundlich bleiben. Im Bereich Infrastruktur und Verkehr ist es essenziell, sowohl die kommerzielle Wettbewerbsfähigkeit als auch die militärische Mobilität zu stärken. So hat der Freihafen von Riga kürzlich zwei Investitionsvereinbarungen mit der Europäischen Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) unterzeichnet, um die kommerzielle Leistung des Hafens und seine militärische Einsatzbereitschaft zu verbessern. Darüber hinaus genehmigte das lettische Ministerkabinett eine Investition in Höhe von 64,5 Millionen Euro zur Entwicklung der Infrastruktur des Freihafens von Riga. Diese Investition fördert die Produktion von Offshore-Windkraftanlagen in Lettland und spielt eine entscheidende Rolle in der Lieferkette der Europäischen Union.

ZUR PERSON

Kaspars Briškens ist seit September 2023 Verkehrsminister Lettlands. Zuvor war er Abgeordneter des nationalen Parlaments, wo er auch den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion „Die Progressiven" innehatte. Davor hielt er unter anderem Führungspositionen bei Rail Baltica und diverse Positionen in der Diplomatie.

Foto: IV/Matanovic

Der Standort braucht Vollgas für einen neuen Aufschwung!

Die gestartete Industriestrategie muss rasch Prioritäten definieren und jene Dinge in die Umsetzung bringen, die einen Aufschwung befeuern und incentivieren können.

Was Unternehmen und (Industrie-)Ökonomen längst klar war, hat nun auch die Regierung schwarz auf weiß: 2025 wird ein weiteres Jahr des wirtschaftlichen Rückgangs. Wifo und IHS gehen von einem BIP-Minus von 0,2 bis 0,3 Prozent aus – es ist die längste Rezession der Zweiten Republik und insgesamt der stärkste Rückgang in der EU und der OECD. Das hat natürlich Folgen, mit denen man hätte rechnen können: Das Budgetloch vergrößert sich und es braucht eine noch größere Anstrengung, um den Wirtschaftsmotor wieder mit Energie zu versorgen.

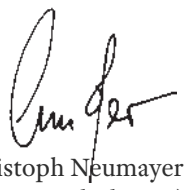
Sich jetzt rein auf die Budgetkonsolidierung zu konzentrieren wäre allerdings ein großer Fehler. Vielmehr muss 2025 ein Jahr der Weichenstellungen werden, die den Aufschwung in den kommenden Jahren ermöglichen und längerfristig absichern. Denn viele der möglichen Maßnahmen greifen nicht kurzfristig, sondern sind Mittel- bis Langfrist-Projekte. Es gibt eine Reihe struktureller Hausaufgaben zu machen und es ist richtig und wichtig, dass sich die Regierung – an der Spitze der neue Wirtschaftsminister – vorgenommen hat, rasch eine neue, nachhaltige Industriestrategie vorzulegen. Viele Themen und Beschlussfassungen sind verzögert oder liegen geblieben.

Dazu gehören unter anderem das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) – beide kommen nun zum Beschluss. Ziel muss sein, Steuern und Netzgebühren mit aller Kraft zu senken, denn die hohen Energiepreise sind einer der ganz großen Hemmschuhe für unsere bislang international erfolgreiche Exportwirtschaft. Wir brauchen zudem dringendst eine Verlängerung der Strompreiskompensation, die bei uns 2022 (!) ausgelaufen ist, während sie in zahlreichen EU-Ländern mindestens bis 2030 verlängert wurde.

Entbürokratisierungsmaßnamen wie die umfassende Senkung der Berichtspflichten sind ebenso vorrangig, das belastet das Budget um keinen Cent mehr. Hier weckt das robuste Auftreten des verantwortlichen Staatssekretärs Hoffnung. Sehr wichtig ist zudem die Ausarbeitung bzw. Fertigstellung einer umfassenden Fachkräftestrategie – sonst laufen wir Gefahr, dass uns die Arbeitskräfte fehlen, wenn Produktionskapazitäten wieder ausgeweitet werden und die Wirtschaftsleistung Fahrt aufnimmt.

Es ist grundsätzlich gut zu sehen, dass die Industrie 2025 ins Zentrum der Strategien der EU-Kommission sowie der Regierungen Österreichs und unseres wichtigen Handelspartners Deutschland rückt (siehe Coverstory). Und es ist wichtig, dass Worten schnell Taten folgen – sonst geht die Deindustrialisierung in Europa und in einer Reihe von Bereichen auch in Österreich ungebremst weiter.

Ihr

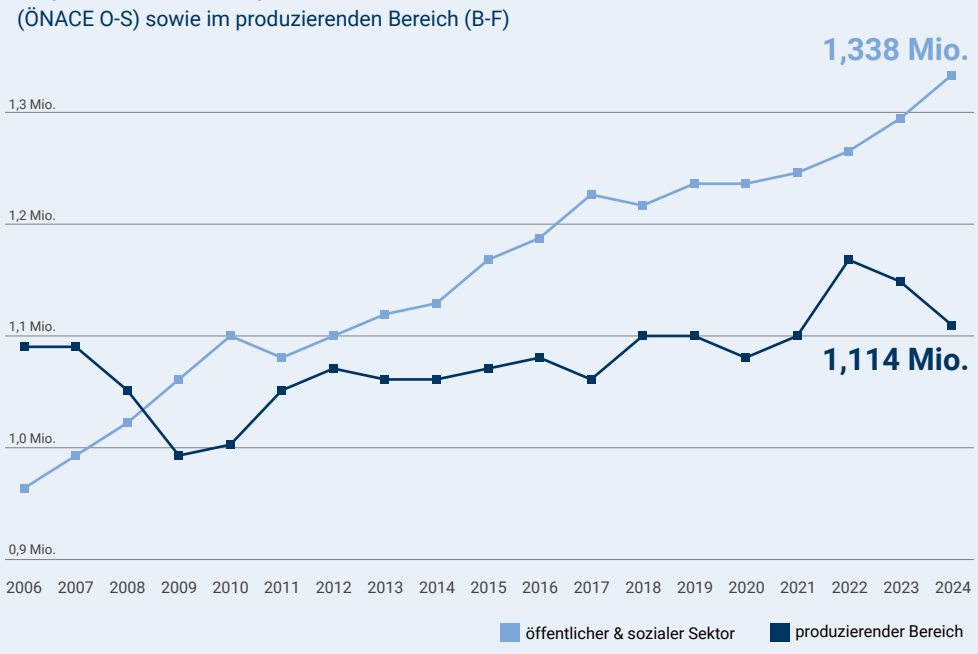


Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

In den letzten zwei Jahren sind im produzierenden Bereich 56.600 Jobs verloren gegangen, während die Zahl der Erwerbstätigen im öffentlichen und sozialen Bereich um 70.000 Personen angestiegen ist. Vor dem Jahr 2008 gab es in der Industrie noch mehr Erwerbstätige, seitdem ist die Schere aufgegangen: Zuletzt gab es im Vorjahr im öffentlichen und sozialen Sektor 223.600 Beschäftigte mehr als im produzierenden Bereich. Im gesamten Betrachtungszeitraum sind die größten Zuwächse im Erziehungs- und Unterrichtswesen sowie im Gesundheits- und Sozialbereich zu verzeichnen.

Jobs: Wachstum beim Staat, Minus in der Industrie
Vergleich der Erwerbstätigen im öffentlichen und sozialen Sektor (ÖNACE O-S) sowie im produzierenden Bereich (B-F)



Quelle: Statistik Austria. Anm.: Zeitreihenbruch aufgrund einer Erhebungsumstellung im Jahr 2021

Zahl des Monats

36.673

Mit 36.673 Neugründungen von Unternehmen wurde im Vorjahr trotz Rezession ein neuer Rekord erreicht. 46 Prozent davon wurden von Frauen gegründet, das Durchschnittsalter der Gründerinnen und Gründer betrug 36,6 Jahre. Bei den Neugründungen nach Sparten dominierte Gewerbe und Handwerk mit einem Anteil von 39,7 Prozent, gefolgt von Handel (25,6 Prozent) sowie Information und Consulting (19,9 Prozent). Der Umstieg in die Selbstständigkeit ist dabei für einen Großteil der richtige Schritt: Die Statistik zeigt, dass sieben von zehn Unternehmen auch nach fünf Jahren noch aktiv sind.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino, Alexander Jestl, Tom Matanovic, Nicola Skalé.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück,
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV/Matanovic, Philipp Horak, Austria Wirtschaftsservice GmbH/APA-Fotoservice/Schedl, IV, JI/Junge Industrie

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Foto: Philipp Horak, IV/Matanovic

KI-Einsatz verändert Österreichs Industrie

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz bietet große Potenziale für die Industrie und treibt die digitale Transformation voran. Wir haben mit den Vorsitzenden der IV-Taskforce KI, Thomas Arnoldner, Deputy CEO der A1 Group, und Christoph Knogler, CEO der KEBA Group, gesprochen.

Wie verändert der KI-Einsatz die Industrie und wo liegen die größten Potenziale?

Thomas Arnoldner: Aus meiner Sicht gibt es zwei Ebenen: Zum einen liegt der Fokus für die traditionellen Wirtschaftszweige aktuell sehr stark darauf, durch KI bestehende Prozesse, Produkte oder Leistungen zu optimieren und damit produktiver und konkurrenzfähiger zu werden. Zum anderen wird sich durch den umfassenden Einsatz von KI im Alltag der Menschen und Unternehmen das Konsumverhalten und damit die Nachfrageseite massiv verändern. Viele Produkte und Dienstleistungen werden vollkommen obsolet und ganz andere – der neuen Realität entsprechende – werden stark nachgefragt werden. Wer also sowohl die Fragen der Optimierung bestehender Prozesse durch KI als auch der Antizipierung zukünftiger Marktveränderungen am besten meistert, wird erfolgreich bleiben können.

Christoph Knogler: Nach dem KI-Hype der letzten Jahre ist es Zeit, das Thema zu entmystifizieren und KI als das zu sehen, was sie ist: ein Set an Hightech-Tools im Werkzeugkoffer der Digitalisierung und Automatisierung. Diese gilt es als Industrie zu nutzen, um unsere Prozesse, Produkte und Dienstleistungen konsequent weiterzuentwickeln. Dafür braucht es einen begeisterten, aber zugleich nüchternen Zugang, um vorhandene Potenziale etwa in Qualität, Wartung und Planung zu heben – im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit.

Warum ist es so wichtig, jetzt zu handeln?

Arnoldner: Unternehmen, die KI frühzeitig strategisch einsetzen, sichern sich einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Es reicht nicht, KI nur zu nutzen: Wir müssen von Usern zu Ownern werden, um Innovationen auch monetarisieren zu können. Wenn wir unsere Technologien nicht selbst entwickeln, verlieren wir weiter Souveränität und Wertschöpfung an andere Märkte – an die USA und China. Jetzt zu investieren bedeutet, die digitale Zukunft aktiv zu gestalten, statt sie nur zu konsumieren. Die Taskforce KI soll die Unternehmen auf ihrer KI-Journey begleiten, einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und die Möglichkeit schaffen, gemeinsame Potenziale zu heben.

Knogler: Weil wir keine Zeit zu verlieren haben. Die Personalkosten sind in Österreich in den letzten Jahren gestiegen wie in keinem anderen Land. Dem kann nur mit Effizienz- und Produktivitätssteigerungen begegnet werden – durch Automatisierung, Digitalisierung und den gezielten Einsatz von KI. Wer allerdings denkt, Europa könne sich damit noch immer als Vorreiter gegenüber den USA und Asien positionieren, irrt: Alle Regionen sind bereits auf den KI-Zug aufgesprungen und bauen ihre Kompetenz aus. Wir dürfen den Anschluss nicht verpassen.

Thomas Arnoldner, Deputy CEO A1 Group.

Christoph Knogler, CEO KEBA Group.

AI Factory Austria: Wichtiger Meilenstein für das KI-Ökosystem

Beim IV-Forum „Digitale Transformation" Mitte März standen konkrete KI-Anwendungen in der Industrie und die angekündigte AI Factory Austria („AI:AT") im Mittelpunkt.

Vor mehr als 150 Gästen unterstrich IV-Präsident Georg Knill die gewaltigen Potenziale der Schlüsseltechnologie KI für den Gesundheitsbereich, die Verwaltung, die Forschung, die Industrie – und den wichtigen Meilenstein, der mit dem erfolgreichen Antrag für die AI Factory Austria zur maßgeblichen Stärkung des KI-Ökosystems nun gesetzt wird.

Professor Andreas Kugi spannte in seiner Keynote den Bogen über KI-Anwendungsfälle, vom Fake-Shop-Detektor bis zu autonomen Staplern, gefolgt von spannenden Insights aus der Industrie, wie KI-Lösungen zur automatisierten Qualitätskontrolle, zum Schutz kritischer Infrastrukturen und in der Abfallindustrie eingesetzt werden. Zudem wurde aufgezeigt, welche Chancen Edge-Computing und On-Device AI in der Produktion bieten, wie mittels synthetischer Daten vortrainierte Foundation-Modelle die Wartung verbessern und wie KI-Bots und LLMs für Kundenanfragen genutzt werden.

Im zweiten Teil stand der Ausbau von AI Factories zur Stärkung der technologischen Souveränität im Fokus. Gabriella Scipione von CINECA, das die bereits gestartete italienische AI Factory („IT4LIA") betreibt, erläuterte die Bedeutung des HPC-Netzwerks für Europa. Sehr erfreulich ist, dass dieses nun durch „AI:AT" erweitert wird und auch Österreich als KI-Standort mit am Start ist. Vorgestellt wurden technische Eckpunkte, angebotene Hard- und Software-Services sowie mögliche Anknüpfungspunkte für Wirtschaft und Wissenschaft. Entscheidend ist, dass Europa an Tempo gewinnt und auf Ökosysteme und Kooperationen setzt.

Zur AI Factory Austria („AI:AT")

„AI:AT" wird basierend auf dem Vienna Scientific Cluster mit einem KI-optimierten Supercomputer und als physischer AI-Hub aufgebaut und bietet Computing Power, Data Storage, Softwareservices sowie Innovations- und Ausbildungsunterstützung als One-Stop-Shop für Industrie, Startups und Wissenschaft. Prioritäre Bereiche sind Biotech, Manufacturing, der Public-Sektor und Physik. Die Leitung liegt bei Advanced Computing Austria und dem AIT, die Finanzierung beträgt 80 Mio. Euro, je zur Hälfte aus EU-Mitteln und nationaler Co-Finanzierung.

PHÖNIX 2025: BÜHNE FÜR ÖSTERREICHS GRÜNDERINNEN UND GRÜNDER

Mitte März wurde der Gründungspreis Phönix 2025 im Haus der Industrie vergeben. Dabei wurden von Wissenschaftsministerin Holzleitner und Start-up-Staatssekretärin Zehetner die besten österreichischen Prototypenprojekte aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Spin-offs, Startups sowie Female Entrepreneurs prämiert. Der Gründungspreis wird seit 2012 jedes Jahr von der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) im Auftrag des Wissenschafts- und des Wirtschaftsministeriums organisiert und in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung umgesetzt. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte die Bedeutung der technologischen Souveränität in den Schlüsseltechnologien der Zukunft für den österreichischen Wirtschaftsstandort. Zentral dafür sind die Umsetzung eines starken nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms und des im neuen Regierungsprogramm verankerten Forschungsquotenziels von vier Prozent.

Fotos: IV/Matanovic, Austria Wirtschaftsservice GmbH/APA-Fotoservice/Sched

Wertpapierbesitz ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Mittlerweile investieren 30 Prozent der Österreicher in Wertpapiere, die Bedeutung der privaten Vorsorge nimmt zu.

Die dritte Ausgabe des „Aktienbarometers“ – eine jährliche Umfrage im Auftrag der Industriellenvereinigung, des Aktienforums und der Wiener Börse – zeigt einen signifikanten Aufwärtstrend im Anlageverhalten der Österreicher. Von 2022 bis 2024 ist der Wertpapierbesitz in Österreich von 25 Prozent auf 30 Prozent gestiegen – fast jeder dritte Österreicher investiert somit mittlerweile in Aktien, Anleihen oder Investmentfonds und ETFs. „Der Wertpapierbesitz ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, hält Studienautor Peter Hajek fest. Erfreulich ist dabei, dass zudem rund ein Viertel der Bevölkerung, das bisher noch nicht investiert ist, Interesse an der Wertpapieranlage zeigt.

Die drei wichtigsten Motive für Aktieninvestments sind langfristiger Vermögensaufbau, der Werterhalt des Geldes in Inflationsphasen und die Pensionsvorsorge. Vor allem Letztere hat in den letzten Jahren als Grund für Aktieninvestments zugenommen. Bei der privaten Pensionsvorsorge habe Österreich aber noch großen Aufholbedarf gegenüber Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden: Dort werden über 200 Prozent des BIP in kapitalgedeckte Pensionspläne investiert, in Österreich sind es nicht einmal sieben Prozent.

Die zweite und dritte Säule des Pensionssystems müsse daher dringend gestärkt werden, betonen IV-Präsident Georg Knill und Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger. „Ein starker Kapitalmarkt ist essenziell für die Absicherung unseres Sozialsystems und die Absicherung unseres Wohlstands“, hält Georg Knill fest. Das Pensions- und Sozialsystem steht schließlich vor großen Herausforderungen – es gebe bei den Pensionen eine wahre „demografische Bombe“, wie auch Fiskalratspräsident Christoph Badelt kürzlich feststellte. Kapitalmarkt und Sozialsystem sind laut Angelika Sommer-Hemetsberger kein Widerspruch: „Die Systeme ergänzen und brauchen einander.“

Das Regierungsprogramm bleibt in Bezug auf den Kapitalmarkt leider vage. Der Raum für die Ausgestaltung, den heimischen Kapitalmarkt zu stärken, müsse daher ausgenutzt werden – denn die Regierung habe eine stabile und starke Mehrheit und sei imstande, nachhaltige Reformen und langfristige Systemveränderungen umzusetzen, so IV-Präsident Knill. Dabei müsse auch nichts Neues erforscht oder erfunden werden, gibt der CEO der Wiener Börse, Christoph Boschan, zu bedenken: Die Kraft des Zinseszinseffekts sei jedermann bewusst und Eigenkapitalrenditen seien bekanntermaßen doppelt so hoch wie Fremdkapitalrenditen. Ein „mächtiges Instrument“ wäre, kleine Teile aus dem Umlageverfahren auch am Kapitalmarkt zu allokieren, wie Schweden es tut. Boschan sieht jedenfalls einen „deutlichen Handlungsauftrag nach innen“, die heimische Investorenbasis zu vergrößern und Partizipation sicherzustellen. Dafür sei auch eine Behaltefrist für Individuen ein möglicher Ansatz.

V. l. n. r.: Christoph Boschan (Vorstandsvorsitzender der Börsengruppe Wien und Prag), Angelika Sommer-Hemetsberger (Präsidentin des Aktienforums), Georg Knill (Präsident der Industriellenvereinigung), Peter Hajek (Meinungsforscher, Public Opinion Strategies).

Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger und IV-Präsident Georg Knill bei der Präsentation des „Aktienbarometers“.

Expertenmeinung von MONIKA SCHUH

Was der deutsche Bahnausbau für Österreichs Industrie bedeutet

Monika Schuh, Geschäftsführerin IV-Infrastrukturausschuss, Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie.

Die geplanten Netzsanierungsvorhaben der Deutschen Bahn haben gravierende Auswirkungen auf die österreichische Industrie. Effiziente Umleitungskapazitäten sind unerlässlich.

Die Infrastrukturgesellschaft der Deutschen Bahn, die DB InfraGO AG, plant bis 2030 eine Generalsanierung von über 4.000 km Streckennetz auf weiten Teilen des deutschen Bundesgebiets. Diese Investitionen sind notwendig und langfristig positiv, werden aber insbesondere für den Güterverkehr extrem spürbar sein. Im Zuge dessen soll nämlich im Jahr 2026 auch der Korridor Nürnberg – Passau generalsaniert werden, der für Österreichs Industrie von enormer Bedeutung ist, weil ein Fünftel der österreichischen Schienenverkehrsmengen über Passau transportiert wird. Eine Totalsperre der Strecke Nürnberg – Passau könnte die Versorgungssicherheit der Bahntransporte für die verladende Industrie in Deutschland und Österreich 2026 stark gefährden. Nach ÖBB-Prognosen sind durch die geplanten Gesamtsperren zwischen Nürnberg und Passau bis zu 140 Güterzüge pro Tag von den Bauarbeiten bei DB InfraGO betroffen. Diese Güterzüge müssen erhebliche Umwege im mitteleuropäischen Eisenbahnnetz zurücklegen. Aufgrund der starken Auslastung der Umleitungsstrecken können nur für rund 80 % der Verkehre alternative Laufwege angeboten werden. Industrie und Logistik sind daher aufgerufen, mit adäquater Vorlaufzeit leistungsfähige Güterverkehrsalternativrouten für den Zeitraum der Leistungseinschränkungen zu finden.

Die Generalsanierung der Hochleistungskorridore im deutschen Bahnnetz verschärft die Situation für den Industriestandort Österreich zusätzlich zur aktuell angespannten Konjunkturlage. Umso dringender braucht es daher eine enge Kooperation von Industrie, Politik und Infrastruktur, um die Auswirkungen der Sperren und Baustellen bestmöglich abzufedern und durch rechtzeitige sowie umfassende Information Planungssicherheit für die betroffenen Betriebe zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund fanden am 21. Februar in Linz der Kick-off einer Informationsreihe im Rahmen einer Pressekonferenz bei Plasser & Theurer sowie ein ÖBB-Industrie-Dialog bei der IV-Oberösterreich u. a. mit ÖBB-CEO Andreas Matthä, Plasser-&-Theurer-CEO Johannes Max-Theurer, voestalpine-Vorstand Hubert Zajicek, Vize-Generalsekretär Peter Koren und Verkehrslandesrat Günther Steinkellner statt.

V. l. n. r.: Günther Steinkellner, Andreas Matthä, Johannes Max-Theurer, Peter Koren.

Fotos: IV

Es braucht volle Kraft für die Industrie

Der Druck auf den produzierenden Sektor bleibt hoch. Jetzt wird – spät, aber doch – auf EU-Ebene und in den Regierungsprogrammen wichtiger Industrieländer wie Österreich einiges in Bewegung gebracht.

Der Einbruch der Industrie in den vergangenen zweieinhalb Jahren hat die Politik offensichtlich wachgerüttelt: 2025 rückt das Rückgrat der Wirtschaft in vielen europäischen Industrieländern ganz oben auf die Agenda. Die EU-Kommission hat mit dem „Clean Industrial Deal" den Takt vorgegeben und zielt mit diversen Aktionsplänen im Detail auf einzelne wichtige Industriezweige ab; erste Bürokratiebremsen werden betätigt. Aber auch in den Mitgliedsländern tut sich etwas: Deutschland setzt vor allem auf die Rüstungsindustrie und kurbelt mit einer Infrastruktur-Initiative den Bausektor an. In Österreich muss die kommenden zwei Jahre eisern gespart werden – bis Jahresende soll eine umfassende eigene Industriestrategie fertig entwickelt sein.

Dringend erwarteter Plan

Aufzuholen gibt es viel: In den vergangenen zwei Jahren sind in Österreich sieben Prozent an industrieller Wertschöpfung verloren gegangen. Seit dreieinhalb Jahren melden Industrieunternehmen im Rahmen des Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung bei der aktuellen Geschäftslage keine Aufwärtsbewegung. Der Ausblick auf das erste Halbjahr 2025 wird von den Unternehmen zwar nicht mehr so negativ beurteilt wie noch ein Quartal davor, aber auch hier verharrt der Wert weiterhin unter null. Heuer dürfte ein weiteres schwieriges Jahr bevorstehen – Wifo und IHS gehen in ihrer jüngsten Konjunkturprognose von einem dritten Rezessionsjahr aus. Es ist die längste Rezession der Zweiten Republik und der stärkste wirtschaftliche Rückgang in der EU – und es wird noch ein wenig dauern, bis die zu erwartenden Konjunkturimpulse aus dem wirtschaftlichen Umfeld Österreichs hierzulande greifen. Die neue Bundesregierung hat bereits in der Präambel des Regierungsprogramms ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich formuliert.

Positiv sieht die Industriellenvereinigung auch die Erarbeitung einer Fachkräftestrategie, mit drei Ansätzen: „Diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, um den Fachkräftemangel einzudämmen. Bedauerlicherweise sind Anreize für mehr Leistung sowie längeres Arbeiten aktuell noch nicht vorgesehen; nichtsdestotrotz wird es auch hier entsprechende Maßnahmen brauchen, um nachhaltig und weiterhin erfolgreich zu sein", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Schnellere Verfahren, günstigere Energie, Bekenntnis zu Forschung und Entwicklung

Teile der Industriestrategie werden jedenfalls eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und weitere Maßnahmen zur Senkung der hohen Energiekosten für Unternehmen sein. Im Energiebereich wurden erste Schritte bereits auf den Weg gebracht: Abschreibemöglichkeiten für Investitionen in das Netz sollen die Netzkosten senken, und damit auch die Kosten für Unternehmen. Mit dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG) und dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) kommen zwei lang erwartete Gesetze endlich zum Beschluss. Ab 2027 ist die Senkung der Lohnnebenkosten angekündigt. „Der klare Pfad: 3,7 Prozent und damit ein Absenken auf deutsches Niveau", sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer Mitte März in einem Interview. Bis dahin muss gespart werden, und zwar länger als gedacht: Von bis zu zwölf Milliarden Euro im laufenden Jahr war zuletzt die Rede – ein EU-Defizitverfahren scheint mittlerweile unumgänglich. Positiv sind jedenfalls das Bekenntnis zur Forschungsprämie und Mehrausgaben für Forschung und Entwicklung.

> ***„Prioritäres und kurzfristiges Ziel muss es sein, dass die heimische Industrie ihre Produkte wieder zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Weltmärkten anbieten kann."***
>
> Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

Deutsche Pläne und Finanzpaket

In Deutschland formiert sich derzeit eine Regierung aus CDU/CSU und SPD, und wie vor Kurzem in Österreich gehen die Regierungsverhandlungen schleppend; Knackpunkte sind vor allem Steuerentlastungen und Migration. Mittlerweile haben 16 Arbeitsgruppen intern Ergebnisse vorgelegt, die strittigen Punkte werden auf Ebene der Steuerungsgruppe weiterverhandelt. Grundlage bildet ein elfseitiges Papier, auf das sich die Parteien in der Sondierungsphase verständigt haben. Darin ist beispielsweise von Anreizen für unternehmerische Investitionen die Rede, und von einer Unternehmenssteuer- und Einkommensteuerreform, die sich in den weiteren Verhandlungen mit der SPD als schwieriger Punkt entpuppt hat. Bei Energiepreisen sollen Unternehmen auch kurzfristig entlastet werden, vor allem durch Senkungen von Stromsteuer und Netzgebühren. Die Strompreiskompensation soll auf weitere energieintensive Branchen ausgeweitet werden. In Österreich ist die Strompreiskompensation bereits 2022 ausgelaufen und harrt seither ihrer Verlängerung.

Strategisch wichtige Branchen sollen in Deutschland gehalten bzw. neu angesiedelt werden; für den Automobilstandort hat man sich Technologieoffenheit vorgenommen. Die Koalitionsverhandler wollen sich zudem für Freihandelsabkommen wie mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten starkmachen und neue Handelsabkommen, etwa mit den USA, anstreben. Zum Thema Bürokratie will man Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten rückbauen und die Zahl der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsbeauftragten reduzieren. Können die Versprechen gehalten werden, wäre das für den deutschen Wirtschaftsstandort eine gute Nachricht. Auch von dem noch im „alten" Bundestag durchgebrachten Finanzpaket, das insgesamt mehr als 1.000 Milliarden Euro an Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur bringt, sind deutliche Konjunkturimpulse zu erwarten – auch für Österreich, wenn auch voraussichtlich erst ab 2026.

Die „Action Plans" der EU

Unterstützt werden die europäischen Industrieländer von der Europäischen Kommission, die heuer gleich mehrere „Action Plans" für die Industrie auf den Weg bringt. Im Februar konnte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den lange erwarteten „Clean Industrial Deal" vorlegen. Dabei handelt es sich um die große Vision für den europäischen Standort. Diese soll entlang von insgesamt sechs zentralen Herausforderungen entwickelt werden:

- Energiesicherheit und leistbare Energiepreise
- Schaffung von Leitmärkten
- Finanzierung
- Recycling von und Zugang zu kritischen Rohstoffen
- Fokus auf Qualifizierung und Skills
- Zugang zu globalen Märkten und Förderung von internationalen Partnerschaften

Die ersten Schritte, die die Kommission setzt, sind ein Paket zur Entbürokratisierung („Omnibus", siehe Artikel re.) im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und ein „Action Plan" für niedrigere Energiepreise. Demnächst soll auch ein neues System für staatliche Beihilfen geschaffen und die Vergaberichtlinie hin zu einem „Buy European" weiterentwickelt werden. Den bereits auf den Weg gebrachten „Action Plans" für die Auto- und die Stahlindustrie sollen weitere mit der Industrie akkordierte Strategien für Schlüsselbranchen folgen. Bisher handelt es sich bei den EU-Plänen jedoch um unverbindliche Guidelines; konkrete Gesetzesinitiativen sollen laut Ankündigung nur im Ausnahmefall geplant sein. „Es ist klar, dass ausschlaggebende Verbesserungen nur möglich sein werden, wenn sie einheitlich und verbindlich umgesetzt werden. Als Industriellenvereinigung werden wir die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen, die über die nächsten zwei Jahre hinweg geplant sind, intensiv und aktiv begleiten", so Neumayer.

Fotos: Adobe Stock

Expertenmeinung von MARION POGLITSCH

Entbürokratisierung jetzt!

Ermöglichen wir Unternehmen einen Sprint mit leichtem Rucksack.

Marion Poglitsch, Expertin im Bereich Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik der Industriellenvereinigung.

Lassen wir erdrückende Berichtspflichten ohne Mehrwert los – die Zeit ist reif, Einsicht ist gegeben, jetzt geht es um die Umsetzung! Die Industriellenvereinigung setzt sich intensiv für die Entlastung von Unternehmen und Bürgern ein. Gemeinsam mit dem europäischen Dachverband BusinessEurope hat die IV eine Deregulierungsforderungsliste mit 68 konkreten Belastungen und Vorschlägen zu deren Beseitigung erarbeitet. Die Forderungsliste wurde an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und an den Rat der Europäischen Union übermittelt. Zusätzlich übergab die IV gemeinsam mit der WKÖ einen Brief mit dringenden Forderungen zur Omnibus-Richtlinie an Executive Vice-President Stéphane Séjourné sowie an die EU-Kommissare Magnus Brunner und Valdis Dombrovskis.

Die Europäische Kommission veröffentlichte Mitte Februar den sogenannten Kompass für Wettbewerbsfähigkeit sowie ihr Arbeitsprogramm für 2025. Darin spricht sie sich u. a. für den Abbau unnötiger Bürokratie aus. Gelingen soll das Projekt mit einer Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen, sogenannten Omnibus-Paketen, die in einzelne Themengebiete untergliedert sind. Im straff gesetzten Zeitplan gibt es derzeit im „Ersten Omnibus-Paket" intensive Arbeitssitzungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive / CSRD), zur Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive / CSDDD) und der EU-Taxonomie. Gleichzeitig möchte die Europäische Kommission im „Zweiten Omnibus-Paket" sowohl eine Vereinfachung zum Zugang zu Investitionen als auch zusätzliche Investitionen ermöglichen. Aktuell appelliert der Europäische Rat an die Kommission und die Mitgesetzgeber, dass die Kosten aller Verwaltungslasten um mindestens 25 % und für KMU um mindestens 35 %, wie im Arbeitsprogramm vorgesehen, tatsächlich gesenkt werden.

Auf nationaler Ebene gab es im Lauf der Jahre bereits mehrere „Deregulierungsbestreben", wie etwa den Deregulierungsauftrag aus dem Jahr 2001, die Haushaltsrechtsreform 2013, mit der eine „Wirkungsorientierte Folgenabschätzung" (WFA) verknüpft war, oder das Deregulierungsgrundsätzegesetz von 2017. Aus Sicht der Industrie würde ein Bürokratiekostenindex den Abbau bürokratischer Auflagen sichtbar machen. Außerdem sollten neue Gesetze einer verbindlichen Wettbewerbsfähigkeitsprüfung unterzogen werden.

Es gibt bereits vielversprechende Vorschläge, es fehlt nur an deren Realisierung. Schaffen wir Vereinfachung!

Expertenmeinung von
JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER & OLIVER SEITER

Österreichs Sparkurs

Konsolidierung um jeden Preis?

Judith Obermayr-Schreiber (IV-Bereich Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie) und Oliver Seiter (IV-Bereich Wirtschafts-, Finanzpolitik & Recht).

Nach einer langen Phase der Regierungsbildung setzt die neue Bundesregierung mit Nachdruck die vereinbarten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung um – u. a. mit dem am 7. März beschlossenen Budgetmaßnahmensanierungsgesetz 2025 sollen heuer 6,3 Milliarden Euro eingespart werden. Doch während der Staatshaushalt profitiert, tragen Unternehmen und Verbraucher die finanzielle Last – mit potenziellen Folgen für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit.

Steuererhöhungen auf breiter Front

Eine umstrittene Maßnahme ist die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 % für Einkommensteile über eine Million Euro bis 2029. Damit bleibt Österreich auf Platz drei in Europa – ein Standortnachteil, der Top-Verdiener und Unternehmenszentralen abschrecken könnte. Zusätzliche Belastungen treffen die Finanz- und Energiebranche: Die Stabilitätsabgabe für Banken steigt von 150 auf 200 Millionen Euro jährlich, ergänzt durch eine Sonderabgabe von 300 Millionen Euro in den Jahren 2025 und 2026. Die ursprünglich bis 2024 befristeten Energiekrisenbeiträge werden bis 2030 verlängert, und der Beitragssatz für überschüssige Markterlöse aus Strom steigt auf 95 %. Die überraschenderweise zusätzlich von Finanzminister Markus Marterbauer geplante neue Steuer auf Stromerzeugung im Inland, der „Elektrizitätswirtschaftstransformationsbeitrag (EWTB)", konnte von der IV rechtzeitig vor der Beschlussfassung im Nationalrat abgewehrt werden. Die Tabaksteuer für Tabak zum Erhitzen steigt drastisch (von 197 Euro auf 339 Euro pro Kilogramm), die Wettgebühr erhöht sich von 2 % auf 5 %, und die USt-Begünstigung für PV-Anlagen endet am 1. April 2025 – statt wie ursprünglich geplant Ende 2025. Besonders umstritten ist die Abschaffung der Steuerbefreiung für Elektroautos: Bisher waren emissionsfreie Fahrzeuge von der motorbezogenen Versicherungssteuer befreit – das ändert sich ab 1. April 2025.

Mittelstandspaket: Reicht das aus?

Während einzelne Branchen härter besteuert werden, wird versucht, kleine und mittlere Betriebe (KMU) punktuell zu entlasten. Die Basispauschalierung wird bis 2026 schrittweise auf 420.000 Euro und 15 % angehoben, die Belegausdruckspflicht bis 35 Euro entfällt, und leichte Nutzfahrzeuge (N1) sind ab 1. Juli 2025 von der NoVA befreit. Zudem will die Regierung Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Doch ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Belastungen für andere Wirtschaftsbereiche auszugleichen, bleibt fraglich.

Fazit: Sparen mit Risiken

Das Budgetmaßnahmensanierungsgesetz 2025 bringt deutliche Mehrbelastungen für Banken, Energiewirtschaft, Glücksspiel, Tabak und Leistungsträger. Besonders kritisch sind die Auswirkungen auf Österreichs Standortattraktivität: Hohe Steuern, steigende Energiekosten und Unsicherheit bei Investitionen könnten langfristig negative Folgen haben. Die entscheidende Frage bleibt: Wird die Regierung es schaffen, die Herausforderungen in den Bereichen Arbeitskosten, Energiekosten und Bürokratie nachhaltig zu lösen? Eine baldige Evaluierung dieser Maßnahmen wird dringend erforderlich sein.

Expertenmeinung von VIKTOR FLEISCHER

Beste Bildung für ganz Österreich

Viktor Fleischer, Geschäftsführer des Bildungspolitischen Ausschusses der IV, Experte für berufliche Bildung.

Zum Einstand setzt die neue Bundesregierung ein starkes Zeichen – mit einem Bildungsprogramm, das zentrale Forderungen des IV-Bildungsprogramms „Beste Bildung" aufgreift.

Es enthält wichtige und richtige Maßnahmen für eine positive Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Österreich. Die angekündigte österreichische Fachkräftestrategie entspricht der IV-Forderung nach einem strategischen Zugang zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials aus dem In- und Ausland; ergänzt durch zahlreiche MINT-Maßnahmen wie z. B. die Weiterentwicklung der HTL als „Technikschule der Zukunft" und mehr MINT-Studienplätze an Fachhochschulen (FH). Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung unter gesetzlich verankerten einheitlichen Qualitätsstandards, einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr und der Förderung betrieblicher Kinderbetreuung soll ein Ressourcenpaket durch den Bund ab 2026 einhergehen. Lehr,- Berufs- und Studienorientierung obligatorisch zu machen unterstützt die Lehrausbildung ebenso wie die angekündigte Verbesserung ihrer finanziellen Basis und der Berufsschulen. Die von der IV geforderte Qualitätsoffensive Grundbildung wird u. a. durch die Einführung einer Bildungspflicht oder den Ausbau schulischer Finanz- und Wirtschaftsbildung, mittelfristig auch durch grundlegende Reformen wie einen Ausbau der Ganztagsschulen und mehr Schulautonomie umgesetzt. Den FH wird bessere finanzielle Planungssicherheit, eine schlankere Programmakkreditierung und mehr Autonomie in der Studienplatzbelegung zugesichert. Die angekündigte Hochschulstrategie 2040 zielt auf die von der IV eingeforderte Profilschärfung zwischen den mittlerweile 77 Hochschulen ab. Neben der Reform der Bildungskarenz sind eine Strategie für lebenslanges Lernen 2040, individuelle Bildungskonten und die Evaluierung von Bildungsprämien für Unternehmen sehr positive Maßnahmen zur Erwachsenenbildung. Verbesserungen rund um die Rot-Weiß-Rot-Karte und bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden durch das Aufgreifen des IV-Themas der Talentepartnerschaften und ein verpflichtendes Integrationsprogramm inkl. Kompetenz-Screenings ergänzt. Die IV wird sich intensiv für die Umsetzung dieser erfreulichen Ankündigungen des Regierungsprogramms im Bereich Bildung einsetzen!

Weitere Infos:
https://beste-bildung.at/

Frauen an die Spitze: Zwei Erfolgsprogramme ebnen den Weg

Das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat" und das Führungskräfteprogramm „Zukunft.Frauen" unterstützen weibliche Führungskräfte auf ihrem Karriereweg und sorgen für mehr Sichtbarkeit.

Vielfalt in Führungsgremien stärkt Unternehmen und treibt Innovation voran. Um mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen, setzt die Industriellenvereinigung auf gezielte Initiativen: Zwei erfolgreiche Programme – das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat" und das Führungskräfteprogramm „Zukunft. Frauen" – unterstützen weibliche Führungskräfte auf ihrem Karriereweg und sorgen für mehr Sichtbarkeit.

IV-Sparringprogramm: Frauen für den Aufsichtsrat stärken

Mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung wurde der dritte Jahrgang des IV-Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat" erfolgreich beendet. In Kooperation mit ABZ*Austria verfolgt dieses Programm ein klares Ziel: Top qualifizierte Frauen, die ein Aufsichtsratsmandat anstreben, sichtbar zu machen und sie gezielt zu vernetzen. Durch praxisorientiertes Sparring und gezielte Vernetzungsmöglichkeiten erweitern die Teilnehmerinnen ihr Netzwerk und stärken ihre Positionierung. „Das Programm geht über ein Ausbildungsprogramm hinaus – es geht um die Kraft des Netzwerks und um dessen Weiterentwicklung. Und es wirkt: Einerseits durch das hohe Interesse, andererseits sind Frauen durch dieses Programm bereits als Aufsichtsrätinnen tätig geworden", betont IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka. Unternehmen, die auf der Suche nach Expertinnen für Führungs- oder Kontrollgremien sind, finden alle Informationen und Kontaktmöglichkeiten auf der Website des Programms: https://sparringprogramm.at/.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 3. Durchgangs des IV-Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat".

„Zukunft.Frauen": 25. Durchgang erfolgreich absolviert

In der Woche des Weltfrauentags fand zudem die feierliche Diplomverleihung des 25. Jahrgangs des Führungskräfteprogramms „Zukunft.Frauen" statt. Seit 2010 unterstützt das Programm Frauen dabei, ihre Karriere weiterzuentwickeln – mit praxisnahen Workshops, wertvollem Mentoring und gezieltem Networking. BMAW, WKO und IV engagieren sich gemeinsam dafür, mehr weibliche Führungskräfte zu fördern und ihre Sichtbarkeit zu stärken. Bei der Abschlussveranstaltung betonte Staatssekretärin Elisabeth Zehetner die Bedeutung der Förderung von Frauen in Führungspositionen: „Die Vorteile liegen auf der Hand: Frauen spielen eine entscheidende Rolle, sowohl gesellschaftlich als auch für einen erfolgreichen Standort." Der 27. Durchgang des Programms ist bereits ausgeschrieben; Interessentinnen können sich bis 22. Mai 2025 bewerben. Alle Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung unter: www.zukunft-frauen.at.

IV-DIVERSITÄTSPREIS SPEKTRUM: JETZT BEWERBEN!

Der IV-Diversitätspreis SPEKTRUM ist zurück! Bereits zum zweiten Mal zeichnet die Industriellenvereinigung Unternehmen aus, die Diversität gezielt fördern und dadurch zur Innovationskraft sowie Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich beitragen.

Viele Unternehmen haben erkannt, dass Vielfalt der Schlüssel zu Innovation und Erfolg ist. Sie setzen gezielt auf Diversität, um die klügsten Köpfe mit unterschiedlichsten Hintergründen zu gewinnen. Mit dem IV-Diversitätspreis SPEKTRUM werden jene Unternehmen vor den Vorhang geholt, die mit einer offenen Unternehmenskultur neue Ideen fördern, Potenziale entfalten und aktiv dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Denn: Diversität ist nicht nur eine Frage der Fairness – sie ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil! Noch bis zum 31. Mai 2025 können IV-Mitgliedsunternehmen ihre Vorzeigeprojekte unter www.spektrum.iv.at einreichen und zeigen, wie sie Vielfalt in den Bereichen Geschlecht, Alter, Herkunft / Ethnische Zugehörigkeit sowie Inklusion / Menschen mit Beeinträchtigung aktiv vorantreiben.

Die feierliche Preisverleihung findet am 10. November 2025 im Haus der Industrie statt.

WEBTIPP

Alle Informationen und das Einreichformular unter **www.spektrum.iv.at**.

Fotos: IV / Matanovic

Neue Impulse für die Junge Industrie

Anfang März traf sich der Bundesvorstand der Jungen Industrie zur diesjährigen Klausur in Salzburg – dieses Mal jedoch in einem erweiterten Format: Zum ersten Mal nahmen auch die Vorstände aus den Bundesländern an der Klausur teil, um gemeinsam die künftigen Ziele und Themen der JI zu erarbeiten (JI Leaders Circle).

Im Fokus der Klausur standen dieses Jahr die strategische Ausrichtung und die Erarbeitung neuer Themenschwerpunkte. In verschiedenen Workshops wurden zentrale Themen wie Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz diskutiert. Ziel war es, Antworten auf aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen zu finden, die den Industriestandort für die nächste Generation sichern können.

Neben den Workshops gab es für die Teilnehmer auch spannende Vorträge von Experten, die entscheidende Impulse in der gemeinsamen Ausarbeitung der Themen setzen konnten. So eröffnete Peter Unterkofler, IV-Salzburg-Präsident und Geschäftsführer der Jacoby GM Pharma GmbH, die Klausur mit seiner Einschätzung zur aktuellen Lage des Wirtschaftsstandorts Österreich. Daneben ging er außerdem auf politische Entwicklungen wie etwa die Wettbewerbsfähigkeit und den internationalen Handel ein. Ebenfalls zu Gast war IV-Generalsekretär Christoph Neumayer – bei seinem Vortrag konnten die JI-Vorstände Einblicke in die Herausforderungen für die neue Bundesregierung sowie in die im Regierungsprogramm geplanten Maßnahmen gewinnen.

Ebenfalls heiß diskutiert wurden Fragen zum Thema USA bzw. Trump-Regierung, zu denen IV-Bereichsleiter Igor Sekardi den Klausurteilnehmern in seinem Referat Rede und Antwort stand. Weitere Diskussionspunkte waren die österreichische Energieversorgung, die steigenden Gaspreise sowie polizeiliche Sicherheitsthemen.

Neben den intensiven inhaltlichen Diskussionen kam auch das Teambuilding nicht zu kurz – beim Eisstockschießen ging die Zusammenarbeit in einen informellen Austausch über. Die Klausur endete mit einer Bundesvorstandssitzung, in der nicht nur die Ergebnisse der Workshops und Impulse zusammengefasst wurden, sondern auch erste Maßnahmen zur Umsetzung der erarbeiteten Strategien festgelegt werden konnten.

Der JI Leaders Circle.

DANKE, DONALD!

Make Europe great again.

Seit Donald Trumps Rückkehr auf die weltpolitische Bühne wird eines klar: Europa kann sich auf die USA als Partner immer weniger verlassen. Und das hat einen unerwarteten Nebeneffekt – die EU rückt zusammen; politisch und wirtschaftlich. Plötzlich verspürt man Entschlossenheit auf dem Kontinent, selbst Verantwortung zu übernehmen – sei es bei der Verteidigung, bei der Energieversorgung oder bei der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Trump könnte der Motor der europäischen Wirtschaft sein, den wir so lange gesucht haben.

Die Zölle und Zolldrohungen seitens der USA verunsichern Firmen und Investoren, was sogar den sehr trägen europäischen Finanzmarkt aus dem Dornröschenschlaf geholt hat. Die hiesigen Aktienmärkte haben in den letzten Wochen stärker performt, als viele erwartet hatten – nicht trotz, sondern wegen der wirtschaftlichen Situation in Übersee.

Aber nicht nur für Europa ist das Verhalten der Vereinigten Staaten problematisch. Angesichts der launischen Drohungen sowie eines möglichen Rückzugs der USA aus diversen multilateralen Verträgen müssen sich viele Länder die Frage stellen, mit wem sie in Zukunft kooperieren möchten. Das ist eine Riesenchance für die EU, an Bedeutung als sicherer Handelspartner für den Rest der Welt zu gewinnen: Ob mit Südamerika, Indien oder Staaten in Südostasien – Europa muss dieses Momentum nutzen und sich aktiv um neue bilaterale Handelsabkommen bemühen.

Natürlich bleibt die Unsicherheit trotzdem groß, und Trumps Politik ist unberechenbar. Aber eines ist sicher: Der alte Kontinent schläft nicht mehr. Und manchmal ist ein lauter Nachbar genau das, was es braucht, um selbst aufzuwachen.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Fotos: JI/Junge Industrie

Weckruf für den Industriestandort

Steirische Industrie im Investitionsrückzug – warum jetzt rasch gehandelt werden muss.

Eine aktuelle Studie von Joanneum Research im Auftrag der Industriellenvereinigung Steiermark zeigt: Die realen Investitionen sind rückläufig, während Kapital zunehmend ins Ausland abwandert. Vor allem in Zukunftsbereiche wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit wird zu wenig investiert. Die Studie ist ein Weckruf – mit klaren Empfehlungen an Politik und Standortpartner, um die Region vor dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Deindustrialisierung zu bewahren.

Investitionsklima im Sinkflug

Zum sechsten Mal in Folge analysierte Joanneum Research das Investitionsverhalten der steirischen Industrie. Die Ergebnisse für das Jahr 2024 geben Anlass zur Sorge: Das reale Investitionsvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 Prozent eingebrochen. Schon 2023 war ein Rückgang um 4,6 Prozent zu verzeichnen. Zwar stiegen die nominellen Bruttoanlageinvestitionen aufgrund der Inflation leicht an – von rund 3,99 Milliarden Euro (2022) auf 4,07 Milliarden Euro (2023) –, doch inflationsbereinigt ist die Tendenz klar negativ. Für 2024 wird erstmals auch ein nominaler Rückgang auf rund 3,79 Milliarden Euro erwartet.

Der Rückgang betrifft nicht nur die Quantität der Investitionen, sondern auch deren Qualität: Mehr als die Hälfte der Investitionen entfallen 2024 auf Ersatzbeschaffungen, während nur ein sehr geringer Anteil (5 Prozent) in Kapazitätserweiterungen fließt. Für 2025 ist mit einem leichten Anstieg auf 9 Prozent zu rechnen, doch auch dieser liegt deutlich unter dem österreichweiten Durchschnitt.

Abwanderung von Investitionskapital ins Ausland

Ein besonders besorgniserregender Befund: Steirische Unternehmen tätigen zunehmend Investitionen im Ausland – nicht nur häufiger, sondern auch mit höherem Volumen. Die größten Profiteure sind Deutschland, Tschechien, die USA, die Schweiz und die Niederlande. Umgekehrt fließt deutlich weniger Kapital von ausländischen Investoren in die Steiermark. Diese Entwicklung spricht für eine Standortverschiebung strategischer Entscheidungen, weg von der Region und hin zu wirtschaftlich attraktiveren Märkten.

Der Grund dafür liegt in einem Mix aus hohen Produktionskosten, regulatorischen Hürden und wachsender Unsicherheit. Unternehmen suchen nach stabileren, günstigeren Rahmenbedingungen – und finden diese immer öfter außerhalb der Steiermark.

Zukunftsinvestitionen bleiben auf der Strecke

Besonders drastisch zeigt sich die Entwicklung im Bereich der sogenannten Twin Transition – also der gleichzeitigen ökologischen und digitalen Transformation: Obwohl gerade hier ein enormer Investitionsbedarf besteht, hinkt die Steiermark klar hinterher. Laut Studie bräuchte es jährlich rund 4,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen, um die grüne und digitale Transformation bis 2040 auszugestalten. Doch allein 2024 entsteht eine Investitionslücke von bis zu 400 Millionen Euro in diesem Bereich.

Forschung braucht industrielle Basis

Ein Lichtblick bleibt das Investitionsfeld Forschung und Entwicklung (F&E), das mit rund 42 Prozent der Bruttoanlageinvestitionen weiterhin eine stabile Größe einnimmt. Die Innovationskraft der steirischen Industrie ist unbestritten, doch sie steht auf einem brüchigen Fundament – die Ausgaben in F&E stagnieren und hinzu kommt, dass ohne industrielle Produktion langfristig die Basis für erfolgreiche F&E-Aktivitäten fehlen würde.

Produktion, Energieversorgung und Dateninfrastruktur sind untrennbar mit innovativen Entwicklungen verbunden – bricht die Produktion weg, verliert die Region mittelfristig auch ihre forschungsbasierte Wertschöpfung. Der Appell an die Standortpolitik ist daher klar: Forschung und Produktion müssen gemeinsam gedacht und gestärkt werden.

Maßnahmen in vier Standortfaktoren dringend setzen

Die Studie identifiziert vier zentrale Hebel, um das Investitionsklima zu verbessern:

Kostensenkung
- Reduktion der Lohnnebenkosten
- Verlängerung des Stromkosten-Ausgleichsgesetzes
- Eindämmung und Anpassung belastender Abgaben

Bürokratieabbau
- Schnellere Genehmigungsverfahren, besonders im Bereich erneuerbarer Energien
- Digitalisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltung

Fachkräftesicherung
- Vereinfachung des qualifizierten Zuzugs durch ein steirisches RWR-Kompetenzzentrum
- Ausarbeitung langfristiger Strategien im neuen arbeitsmarktpolitischen Beirat
- Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie

F&E und Produktionsstandort sichern
- Verlässliche Rahmenbedingungen für industrielle Fertigung
- Förderung von Transformationsprojekten in Unternehmen

Politik und Wirtschaft gefordert: Standortpartnerschaft aktivieren

Die IV-Steiermark hat im Zuge der Landtagswahl bereits konkrete Maßnahmenpakete präsentiert, viele davon im Einflussbereich der Landespolitik. Nach den ersten 100 Tagen der neuen Regierung wird nun mehr Tempo gefordert. Die im Regierungsprogramm angekündigte „Standortpartnerschaft" muss mit konkreten Inhalten gefüllt werden – rasch und pragmatisch.

Zeit sei der entscheidende Faktor, betonte Präsident Kurt Maier im Rahmen der Studienpräsentation: Jedes verlorene Investitionsjahr erhöhe den Rückstand im internationalen Wettbewerb. Die wirtschaftlichen Entscheidungen, die den aktuellen Zahlen zugrunde liegen, wurden in weniger turbulenten Zeiten getroffen – zukünftige Analysen dürften unter den aktuellen Rahmenbedingungen noch düsterer ausfallen.

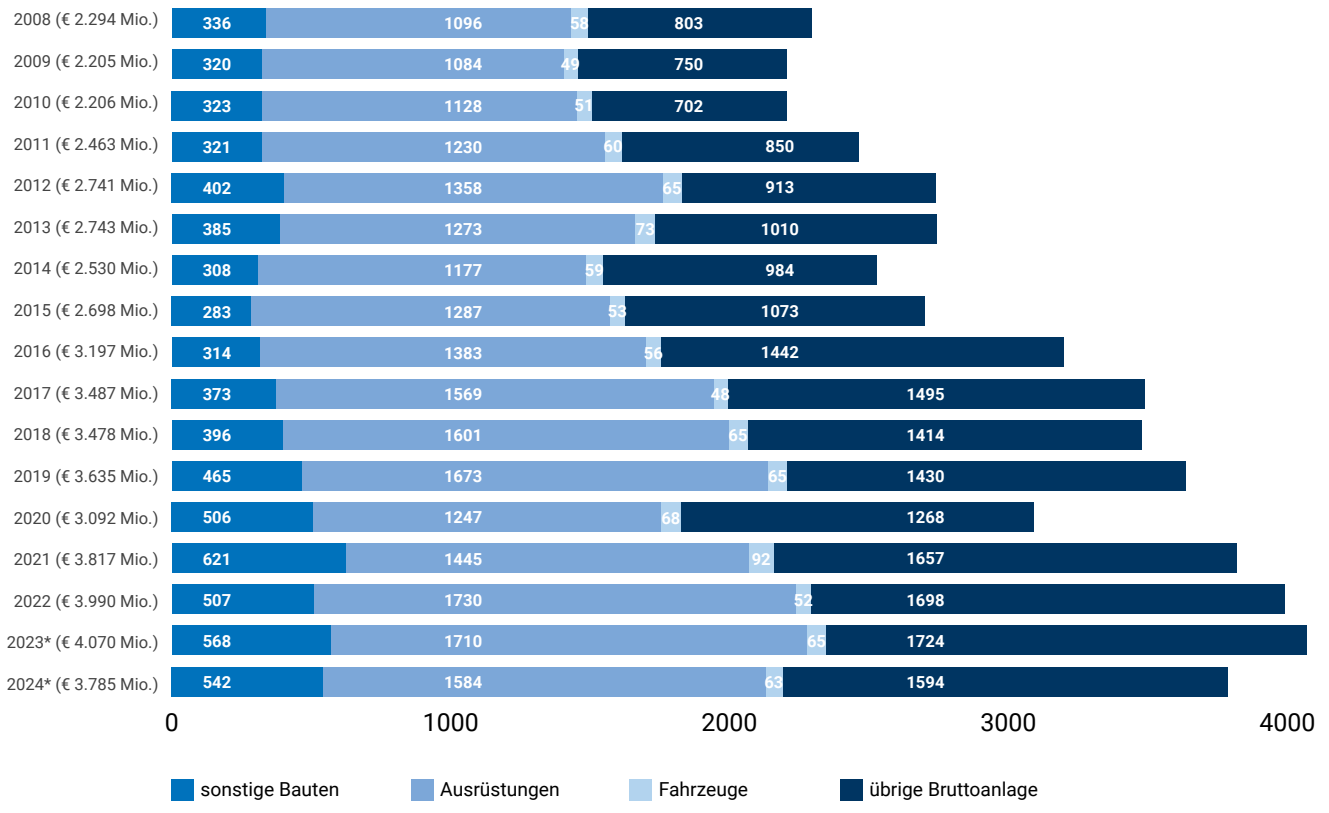
Jetzt gegensteuern

Der Rückgang der realen Investitionen und das Ausweichen ins Ausland sind Alarmsignale, die nicht länger ignoriert werden dürfen. Nur mit entschlossenem politischem Handeln, einem strategischen Schulterschluss mit der Industrie und der raschen Umsetzung strukturpolitischer Maßnahmen kann der Abwärtstrend gestoppt werden.

Die Studie ist damit mehr als eine Bestandsaufnahme – sie ist ein klarer Weckruf für den Standort. Wer ihn überhört, riskiert mehr als weiter sinkende Investitionen – es geht um die Zukunftsfähigkeit der steirischen Industrie und damit um den Wohlstand in der Steiermark.

Bruttoanlageinvestitionen der steirischen Industrie

- Im Vergleich zu den Vorgängerstudien kam es in den vergangenen Beobachtungsperioden zu hohen Preissteigerungen, eine Betrachtung des nominellen Volumens zeigt ein verzerrtes Bild.
- **Um die geschätzte Inflation bereinigt kam es demnach bereits 2022** (etwa -2,3 % gegenüber +4,5 % nominal), jedenfalls jedoch **2023** (-4,6 % gegenüber +2,0 % nominal) **zu einem Rückgang der realen Investitionsvolumina.**
- **Der reale Rückgang 2024 war mit -9,8 %** (gegenüber -7,0 %) **zudem ausgeprägter.**



Quelle: STATISTIK AUSTRIA (RGR, LSE), eigene Berechnungen und Schätzungen JR-POLICIES

Foto: IV-Steiermark, Marija Kanizaj, TU-Graz

Internationales Drehkreuz, wirtschaftlicher Motor und Nachhaltigkeits-Benchmark

Der Flughafen Wien setzt als internationales Luftfahrtdrehkreuz und Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit Maßstäbe – dies wurde beim TOP-Gespräch am 3. März am Flughafen Graz durch den Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG, Prof. Dr. Günther Ofner, eindrucksvoll bekräftigt. Vor über 120 Teilnehmern gab er umfassende Einblicke in die Entwicklung und strategische Ausrichtung des Unternehmens.

Wirtschaftliche Erfolge und Marktpotenziale

Im Jahr 2024 verzeichnete die Flughafen Wien AG mit einem Umsatz von 1,05 Milliarden Euro das beste Geschäftsergebnis ihrer Geschichte. Der Gewinn stieg um mehr als 25 Prozent auf 239,5 Mio. Euro. Diese positiven Zahlen sind vor allem auf starkes Passagierwachstum zurückzuführen: Mit 31,72 Millionen Reisenden wurde ein neuer Rekord erreicht, der sogar das Vorkrisenniveau von 2019 übertrifft.

Als Wachstumsmöglichkeit sieht der Flughafen insbesondere den asiatischen Markt, wo weiteres Expansionspotenzial erwartet wird. Ein wichtiger Meilenstein für den Luftverkehrsstandort Österreich sei zudem die Kurskorrektur im Regierungsprogramm, das sich nun klar zur Branche bekenne. Gleichzeitig betonte Ofner die Herausforderungen durch EU-Überregulierungen, die dringend einer Anpassung bedürften.

Dienstleistungsvielfalt und Eigentumsstruktur

Der börsennotierte Flughafen Wien bietet ein umfassendes Dienstleistungsspektrum von der Passagier- und Frachtabfertigung bis hin zu Sicherheits- und Infrastrukturdienstleistungen. ACI Europe kürte ihn 2022 zum „Best European Airport“. Die Eigentumsverhältnisse verteilen sich wie folgt: Stadt Wien und Land Niederösterreich halten jeweils 20 Prozent, eine Mitarbeiter-Beteiligungsstiftung besitzt zehn Prozent, die Airports Group Europe hält 44 Prozent und der Streubesitz liegt bei sechs Prozent.

Beschäftigung und Infrastrukturentwicklung

Mit mehr als 23.000 Arbeitsplätzen gehört der Flughafen zu den größten Arbeitgebern der Region. Ein zukunftsweisendes Infrastrukturprojekt ist die bis 2027 entstehende Terminal-Süd-Erweiterung: Auf 70.000 m² zusätzlicher Fläche werden Passagiere von verbessertem Komfort, erweiterten Shoppingmöglichkeiten und einem vielfältigen Gastronomieangebot profitieren.

Nachhaltigkeit als strategische Priorität

Seit 2023 ist der Flughafen Wien CO_2-neutral. Dies wird durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen, Fernwärme, Elektromobilität und nachhaltigem Gebäudemanagement ermöglicht. Der Office Park 4 wurde bereits mehrfach als umweltfreundlichstes Bürogebäude Österreichs ausgezeichnet und unterstreicht das klare Nachhaltigkeitsbekenntnis des Unternehmens.

Positive Prognosen für 2025

Auch für das Jahr 2025 zeigt sich die Flughafen Wien AG optimistisch: Der Umsatz soll auf rund 1,08 Milliarden Euro steigen. Im Passagieraufkommen wird ein leichtes Wachstum auf etwa 32 Millionen Fluggäste erwartet, wodurch der Standort Schwechat weiter gestärkt wird.

Interessierte können die Vortragsunterlagen im Büro der IV-Steiermark anfordern.

V. l. n. r.: Christoph Robinson (Geschäftsführer der IV-Steiermark), Christian Kehrer (Vorsitzender des WdF-Steiermark), Günther Ofner (Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG), Claudia Holzer (Landesrätin für Verkehr), Wolfgang Grimus (Geschäftsführer Flughafen Graz).

„WIR MÜSSEN INS TUN KOMMEN – UND ZWAR JETZT“

Drei Fragen an Kurt Maier, Präsident der IV-Steiermark, zu den Ergebnissen der Investitionsstudie.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der aktuellen Investitionsstudie?
Die Zahlen geben Anlass zur Sorge, weil sie Investitionsentscheidungen aus wirtschaftlich besseren Zeiten abbilden. Mit den aktuellen Rahmenbedingungen wird sich das Bild weiter eintrüben. Die Wettbewerbsfähigkeit sinkt, Unternehmen investieren verstärkt im Ausland – eine besorgniserregende Entwicklung.

Was sind die Hauptfaktoren für den Investitionsrückgang – und was muss passieren?
Vier Faktoren sind entscheidend: Kosten, Bürokratie, Demografie und F&E. Wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten, eine Wiedereinführung des Stromkosten-Ausgleichsgesetzes, schnellere Genehmigungsverfahren durch mehr Digitalisierung, gezielte Fachkräftezuwanderung sowie den Ausbau der Kinderbetreuung. All das stärkt den Standort – und liegt in unserer Hand.

Welche Rolle spielt dabei die Landespolitik?
Die Landesregierung sitzt mit im Boot und muss jetzt gegensteuern. Nach 100 Tagen Einarbeitungsphase erwarte ich klare Prioritäten, mehr Tempo und eine rasche Aufnahme der Standortpartnerschaft. Wir stehen bereit – aber es braucht endlich konkretes Handeln.

TU-STIPENDIATEN

Beim traditionellen „TU Graz 100 Mentoren Lunch“ trafen sich zum Auftakt des Sommersemesters zahlreiche Stipendiaten mit ihren Fördergebern. Als IV-Steiermark unterstützen wir auch dieses Jahr wieder mit zwei Stipendien Studierende aus Südosteuropa, die das Masterstudium Computer Science absolvieren.

V. l. n. r.: Azra Velić und Ana Bošković (Stipendiatinnen) mit Lisa Fasching (IV-Steiermark).

Fotos: IV-Steiermark

IV-Steiermark und Unicorn präsentieren Startups mit Kooperationspotenzial für die steirische Industrie

ChemCapital – die digitale Revolution für den technischen Einkauf

Was wir machen:
ChemCapital ist eine spezialisierte B2B-Plattform, die den Beschaffungsprozess in der chemischen, pharmazeutischen und technischen Industrie revolutioniert. Unser Marktplatz verbindet Unternehmen mit qualifizierten Lieferanten und Dienstleistern und sorgt für eine transparente, effiziente und compliancekonforme Beschaffung. Durch automatisierte Workflows und smarte Datenanalysen optimieren wir die gesamte Lieferkette und reduzieren Kosten sowie Beschaffungszeiten erheblich.

Wo wir stehen:
ChemCapital befindet sich in der Wachstumsphase und wird aktuell mit Industriepartnern getestet. Unser Fokus liegt auf dem europäischen Markt, um Unternehmen mit innovativen digitalen Einkaufslösungen zu unterstützen. Durch strategische Partnerschaften mit Herstellern und Zulieferern verbessern wir kontinuierlich unser Angebot.

Was wir der Industrie bieten:
- Effizienzsteigerung: Automatisierte Workflows reduzieren Beschaffungszeiten um bis zu 30 Prozent.
- Kosteneinsparung: Transparente Marktplatzmechanismen ermöglichen wettbewerbsfähige Preise.
- Regulatorische Sicherheit: Vorkonfigurierte Compliance-Checks erleichtern GMP-konforme Beschaffung.

Wir freuen uns darauf, den digitalen Einkauf weiter voranzutreiben, und stehen für Kooperationen und Partnerschaften offen!

KONTAKT

Website: chemcapital.at
E-Mail: fahad.zia@chemcapital.at
Telefonnummer: +43 660 685 2095
LinkedIn: ChemCapital Marketing and Trading

easily: Elektroautos supereinfach laden – für alle!

Was wir machen:
Smarte Ladeparks können schnell und günstig in Unternehmen, Mehrparteienhäusern und Hotels errichtet und supereinfach mit Reservierungen von Ladepunkten automatisiert betrieben werden. Die easily-Plattform ist eine Systemlösung für smarte Ladeparks, bestehend aus gut abgestimmter Hardware und Software für die einfache Errichtung nahezu überall. Das integrierte Last- und Lademanagement reduziert die Investitionskosten und erhöht gleichzeitig die mögliche Anzahl an energieoptimierten Ladepunkten. So garantiert easily eine sichere und optimale Nutzung der Lade- und Energieinfrastruktur, die jederzeit einfach erweiterbar ist.

Via easily-App ist das externe Laden von Elektroautos dann fast so einfach wie an der eigenen Wallbox: Sie ermöglicht Reservierung, Zufahrt, Ladestart und Bezahlung von Ladevorgängen mit toller Usability. Damit besteht die Chance für echtes Nachbarschaftsladen – für alle Elektroautos.

Wo wir stehen:
Es gibt zahlreiche erfolgreiche Pilotprojekte, der Marktstart in der Steiermark ist erfolgt. Mittlerweile ist easily ein VSE-zertifiziertes Impact-Startup und revolutioniert das Laden von Elektroautos durch eine umfassende softwarebasierte Technologieplattform. Diese wurde nach dem Lean-Startup-Ansatz gemeinsam mit unterschiedlichen Lead-Usern kundenzentriert entwickelt.

In den letzten Jahren wurden bei mehreren Pilotkunden das Backend und die easily-App mit über 2.000 Ladevorgängen validiert. Mit der Unterstützung durch Förderungen von aws und FFG wird aktuell die weitere Markterschließung in Österreich vorbereitet und die easily-Plattform um eine smarte Ladesteuerung mit Energiegemeinschaften erweitert.

Was wir der Industrie bieten:
Wir bieten Ladepark-Beratung und -Betrieb für Unternehmen und Mitarbeiter. Das easily-Team verfügt über langjährige Erfahrung mit Planung, Errichtung und Betrieb von Ladeparks und deckt die rechtlichen, elektrotechnischen und fahrzeugbezogenen Themen sehr gut ab. Diese spezielle Kombination ermöglicht eine erstklassige Beratung, eine schnelle Errichtung und den sicheren laufenden Betrieb von Lade-Ökosystemen mit individuellem Funktionsumfang.

Interessenten bietet easily eine kostenlose Erstberatung mit Live-Demo im Unicorn Graz. Typische Themen sind das Laden am Firmenstandort mit Firmen-/Privatauto, Abrechnung von privat geladenem Strom bei Mitarbeitern zu Hause, aktuelle Förderungen und Sachbezug, Energie- und Lastmanagement in Ladeparks, Möglichkeiten mit bestehenden Ladestationen, Abrechnungssysteme, Fernwartung etc.

KONTAKT

Mag. Norbert Rainer (Geschäftsführer & Customer Success)
Erstberatung buchen: https://calendly.com/norbert_rainer
E-Mail: norbert@easily.energy
Website: www.easily.energy
https://www.linkedin.com/company/easilyenergy/

MBTS – revolutionäres Testsystem für Lithium-Ionen-Zellen

Was wir machen:
Das MBTS-Testsystem bietet eine unvergleichliche Präzision bei der Zellcharakterisierung und eine außergewöhnliche Genauigkeit der Simulationsmodelle. Indem es das Rätselraten eliminiert, optimiert es die Design-Simulation-Test-Validierungsschleife, reduziert die Kosten und beschleunigt die Entwicklung von Batteriepacks. Im Gegensatz zu herkömmlichen Klimakammern mit passiven Halterungen und unkontrollierter Luftzufuhr, die Temperaturschwankungen und uneinheitliche Ergebnisse verursachen, revolutioniert das MBTS-System das Testen mit fortschrittlichen Funktionen. Seine aktive mechanische Vorrichtung steuert präzise physikalische Parameter, einschließlich der Packmaterialien, der Konstruktion und der Plattentemperatur, und gewährleistet so isotherme Bedingungen und konstante Zelltemperaturen.

Wo wir stehen:
Unser Firmensitz ist in Graz, unser Prüfsystem befindet sich derzeit in Fürstenfeld bei der ZwickRoell Systems GmbH, unserem strategischen technischen Partner.

Was wir der Industrie bieten:
Schnellere und kostengünstigere Entwicklung von Akkupacks. Unsere Prüftechnologie liefert präzisere Daten für die Kalibrierung von Modellen, was zu genaueren Simulationen und weniger Rätselraten bei der Entwicklung von Akkupacks führt. Das von OEMs und Zellherstellern weltweit anerkannte MBTS verbessert die Prüfgenauigkeit, verkürzt die Entwicklungszyklen, beschleunigt die Markteinführung und fördert die Innovation in der Batterietechnologie.

KONTAKT

Website: mbts.at
E-Mail: luigi.aiello@mbts.at
LinkedIn: https://www.linkedin.com/company/mbts-solutions

Fotos: ChemCapital, easily, MBTS